

Fraktionsbeschluss vom 6. September 2019

Grünes Maßnahmen-Programm: Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegenzutreten

Orchestrierte Morddrohungen, Chatrooms voller Gewaltphantasien, rechtsextreme „Feindeslisten“ mit zehntausenden Einträgen, Waffendepots: Rechtsextreme wollen Schrecken verbreiten, setzen Hass und Hetze als Waffen der Einschüchterung ein und zeigen, dass sie Worten Taten folgen lassen. Angriffen auf die Menschlichkeit folgen Angriffe auf Menschen: Die Massenmorde in Christchurch und El Paso, der Mord an Walter Lübcke oder der Mordversuch an Bilal M. zeigen das in erschütternder Weise.

Die vernetzten Strukturen rechtsextremistischer Kräfte und die von ihnen ausgehenden Gefahren werden von der Bundesregierung seit Jahren verkannt. Dabei ist die Vernetzung im rechtsextremen Spektrum tatsächlich sehr weit vorangeschritten: Sie reicht bis hinein in Sicherheitsbehörden wie Polizei und Bundeswehr und auch in den Deutschen Bundestag. Die Ideologie vom Kampf gegen einen phantasierten angeblichen „großen Austausch“, „Bevölkerungsaustausch“ oder eine „Umvolkung“ verbindet alle rechtsextremen Strömungen. Sie findet sich im Bekennerschreiben des Massenmörders von Christchurch genauso wie bei Bundestagsabgeordneten der AfD.

Unsere deutsche Geschichte hat gezeigt, wie Nationalismus, Hass und Hetze in den Abgrund führen. Die zu beobachtende rechtsextreme Enthemmung bei Worten und Taten und die fortschreitende Vernetzung erfüllen uns mit größter Sorge. Pogromstimmung und rechtsextreme Aufmärsche führten vor 25 Jahren zu den rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen und zu den Morden in Mölln und Solingen. Sie bereiteten auch den Boden für das Entstehen der Terror-Gruppe des NSU. Die Zeit des Verharmlosens von vernetzten Strukturen und rechten Brandstiftern muss endlich ein für alle Mal vorbei sein. Wir wollen ihnen mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln entgegenzutreten.

Demokratie ist in Gefahr, wenn Hass und Hetze auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz stoßen. Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind mitnichten nur ein Problem der „rechten Ränder“, sondern finden Resonanz und Anschluss auch in der Mitte der Gesellschaft. Darum verfängt es auch, wenn rechtsradikale populistische Kräfte in unserem Land lautstark rassistische, antisemitische, antiziganistische, antimuslimische, völkische, sexistische, homo- und transfeindliche Deutungsmuster bedienen. Solche Ideologien der Ungleichwertigkeit machen aus Menschen (Ziel-)Objekte. Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte, der fortschreitenden rechten Vernetzung und der immer tieferen Spaltung unserer Gesellschaft unmissverständlich entgegenzuwirken. Wer jenen entgegenkommt, die die offene Gesellschaft zerstören wollen, macht die Hetzerinnen und Hetzer nicht kleiner, sondern nährt nur ihre Machtbasis. Wir stehen klar an der Seite der vielen in Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik engagierten Menschen, die Tag für Tag Gesicht zeigen für unsere Demokratie, für Vielfalt, Freiheit und Menschlichkeit. Wir sind unteilbar!

BUNDESREGIERUNG FEHLT NÖTIGE ENTSCLOSSENHEIT BEIM KAMPF GEGEN RECHTS

Der Bundesregierung fehlt es an der notwendigen Entschlossenheit beim Kampf gegen die Bedrohungen durch Rechtsextremismus. Gemeinsame ideologische Grundlagen und Verzahnungen rechter Strukturen, seien es Identitäre, „Reichsbürger“, „Prepper“, Hooligans oder Neonazi-

Kameradschaften, werden oft ausgeblendet. Die Identifizierung und Verfolgung von rechten Netzwerkstrukturen bis hinein in die Sicherheitsbehörden erfolgt nach wie vor nicht mit der erforderlichen Priorität. Angesichts der berichteten Tragweite der Vernetzungen, aber auch des massiven Vertrauensverlustes für Polizeien, Nachrichtendienste und die Bundeswehr ist dies sicherheitspolitisch unverantwortlich.

Auf das enorme Gefahrenpotenzial rechter Netzwerke haben wir die Bundesregierung in unserer parlamentarischen Arbeit kontinuierlich aufmerksam gemacht: in der Aufklärungsarbeit in den NSU-Untersuchungsausschüssen sowie mit zahlreichen Anfragen und Anträgen. Es reicht nicht, wenn Mitglieder der Bundesregierung nach jeder einzelnen Tat den Opfern Aufklärung versprechen. Diesen rhetorischen Ankündigungen müssen echte Taten folgen. In der Realität hat die Große Koalition in zentralen Bereichen nicht geliefert:

- Die unbedingt erforderliche **Schwerpunktsetzung und Stellenorganisation der Sicherheitsbehörden** in Bezug auf Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus wurde auch aufgrund der unablässigen Fokussierung der GroKo auf Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht **jahrelang vernachlässigt** insbesondere beim Bundesamt für Verfassungsschutz, aber auch beim Bundeskriminalamt.
- Es ist **schlicht kontraproduktiv**, dass die angekündigte Stellenaufstockung und Umstrukturierung vor allem beim Bundeskriminalamt erneut mit dem Ruf nach der **anlasslosen Vorratsdatenspeicherung** verknüpft werden. Wir brauchen ein zielgerichtetes Vorgehen gegen konkrete Bedrohungssituationen und keine alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellenden **Massenüberwachung**, die unnötig knappe Ressourcen bindet und den Blick auf das Wesentliche erschwert.
- Diese einseitige politische Schwerpunktsetzung zeigt sich auch darin, dass aktuell **nur 41 Rechtsextreme** durch die Sicherheitsbehörden als sogenannte „**Gefährder**“ eingestuft sind. Dies steht weder in einem nachvollziehbaren Verhältnis zu den vielen rechtsextremen Anschlägen und Gewalttaten, noch zur Zahl der aktuell 12.500 durch die Sicherheitsbehörden als gewaltbereit eingestuften Rechtsextremisten.
- Das seit Jahren von der SPD angekündigte **Demokratieförderungsgesetz** zur Sicherung der verlässlichen Finanzierung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts ist weiterhin **nicht mehr als ein uneingelöstes Versprechen und eine mehr als fahrlässige Verantwortungslosigkeit**.
- Die Bundesregierung steht bei dringend notwendigen **Verschärfungen des Waffenrechts** immer massiv auf der Bremse. Unionsinnenminister agieren als Schutzschilder der Waffenlobby und haben effektive einheitliche EU-Regelungen **bewusst sabotiert**. Dies ist gerade angesichts der vielen Rechtsextremisten mit waffenrechtlicher Erlaubnis unverantwortlich.

GRÜNES MAßNAHMENPROGRAMM GEGEN GEFAHR DURCH RECHTE NETZWERKE

1. "Task Force Rechtsextremismus" im Bundesinnenministerium schaffen

Die zehntausenden Menschen, die auf den verschiedenen Listen von Rechtsextremen unter anderem als potenzielle Anschlagsoffer aufgeführt werden, darunter zahlreiche Kommunalpolitikerinnen und –politiker sowie Journalistinnen und Journalisten, auch und gerade im Osten, brauchen sehr dringend einheitliche und klare Informations- und Unterstützungsangebote. Die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern und die

Unklarheit, mit der viele Betroffene konfrontiert sind, sind unerträglich. Die Bundesebene muss hier eine koordinierende Funktion einnehmen und die Prüfung von zentralisierten Informationsmöglichkeiten und vor allem eines erleichterten Zugangs zu Beratungs- und Hilfsangeboten angehen. Dazu kann zum Beispiel die Einrichtung einer zentralen Hotline zählen, an die sich jede/r mit der Frage wenden kann, ob er oder sie auf den „Feindeslisten“ verzeichnet ist - wie nun in Hamburg bereits angekündigt.

2. Sicherheitsbehörden endlich besser gegen rechte Netzwerke aufstellen

• Analysefähigkeit im Bereich Rechtsextremismus erhöhen und Bestandsaufnahme Rechtsextremismus in Deutschland auf den Weg bringen

Die Sicherheitsbehörden müssen besser befähigt werden, Gefährdungen durch rechtsextremistische Netzwerke tatsächlich zu erkennen. Nur so kann effektiv ermittelt werden und können ernsthafte und wirksame Konsequenzen aus den Fehlern und Versäumnissen insbesondere gegenüber dem NSU-Terror gezogen werden. Bedrohungen wie zum Beispiel durch die „Reichsbürger“-Bewegung, rechte Hooligans und militante „Prepper“ sowie durch europäische und internationale Kooperationen von Rechtsextremen online wie offline müssen viel stärker in den Blick genommen und analysiert werden. Insgesamt braucht es einen Neustart im behördlichen Umgang mit Rechtsextremismus. Zudem sollte die Bundesregierung angesichts des strukturellen Analysedefizits unverzüglich eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme zum Rechtsextremismus in Deutschland durch ausgewiesene und unabhängige Experten in Auftrag geben.

• Rechtsextreme Bestrebungen in Sicherheitsbehörden aufdecken und unterbinden

Die überwältigende Mehrheit der Menschen leistet ihren Dienst in den Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr mit verantwortungsbewusster und demokratischer Haltung. Darum ist es weder angebracht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr als Ganzes unter Generalverdacht zu stellen, noch dürfen Vorfälle als Einzelfälle kleingeredet oder verharmlost werden. Der teilweise mit der Waffe versehene Dienst bei Bundeswehr, Polizei oder Nachrichtendiensten ist kein Job wie jeder andere. Es darf gerade bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Behörden keinen Zweifel geben, dass sie fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen.

Verfassungsfeindliche Verstöße, wie etwa menschenverachtende Äußerungen in Chatgruppen, das Tragen extremistischer Abzeichen an der Uniform oder Hetze gegen Geflüchtete gegenüber Kolleginnen und Kollegen müssen in der Polizei aber auch in der Bundeswehr kontinuierlich erfasst und dokumentiert werden. Das ist Voraussetzung für konsequentes dienstrechtliches Vorgehen, strafrechtliche Konsequenzen ebenso wie für zielgenaue Präventionsmaßnahmen. Gleichzeitig müssen Waffen- und Munitionsverluste bei Polizei und Bundeswehr durch alle verantwortlichen Stellen mit Nachdruck aufgeklärt werden. Außerdem fordern wir, dass die Innenministerkonferenz die Neuauflage wissenschaftlicher Studien zur Häufigkeit verfassungsfeindlicher Einstellungsmuster bei Sicherheitsbehörden in allen Bundesländern und im Bund auf den Weg bringt, so wie es das Land Hessen nun bei der Polizei vormacht.

• Bundesamt für Verfassungsschutz neu aufstellen

Der Verfassungsschutz hat – das haben die letzten Jahre schmerzlich gezeigt - gerade im Bereich des Rechtsextremismus erhebliche analytische Defizite. Immer wieder sind Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft viel besser über gefährliche Entwicklungen im

rechten Spektrum informiert als der Verfassungsschutz. Wir wollen einen gut aufgestellten, modernen und rechtsstaatlichen Verfassungsschutz. Hierfür braucht es eine Zäsur und einen strukturellen Neustart. Dafür wollen wir ein unabhängiges mit wissenschaftlichen Methoden arbeitendes Institut zum Schutz der Verfassung sowie ein entschlacktes verkleinertes Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr schaffen. Auch die Aufgaben, die Zusammenarbeit und der Austausch der Sicherheitsbehörden untereinander bedürfen einer grundlegenden Reform.

- **Zusammenarbeit im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum gesetzlich regeln**

Die Effektivität der Strukturen der Sicherheitsbehörden im föderalen Staat müssen auch im Hinblick auf den Rechtstextextremismus grundsätzlich überprüft werden. Das betrifft insbesondere die derzeitige Vielzahl rechtlich frei schwebender Gemeinsamer Zentren von Polizeien und Nachrichtendiensten, wie das Gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum (GETZ). Sie sind provisorische Notlösungen mit unklaren Verantwortlichkeiten. Es braucht für die Zusammenarbeit klare Zuständigkeiten und gleichförmige Verfahren und vereinheitlichte rechtsstaatliche Grundlagen, die verfassungskonform gesetzlich geregelt werden. Das Gesetz soll auch die jeweilige Verantwortung von Behörden festlegen.

3. Menschen effektiv vor Rechtsextremisten schützen

- **Waffenrecht endlich verschärfen**

Der rechtsextreme Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum in München, der Mord an Walter Lübcke und der Mordversuch an Bilal M. in Wächtersbach haben gezeigt: Potenzielle Gewalttäter aus dem rechten Milieu kommen immer noch zu leicht an Waffen. Auch zahlreiche sogenannte „Reichsbürger“ verfügen über waffenrechtliche Erlaubnisse und schrecken nicht vor dem Waffengebrauch zurück. Daher muss das Waffenrecht dringend verbessert werden. Kauf, Verwendung und Aufbewahrung legaler Waffen sind weiterhin zu lax geregelt. Es braucht bei Anträgen auf Waffenerlaubnis eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz, regelmäßige Zuverlässigkeitsprüfungen und Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands. Hier bietet auch die neue Gesetzesvorlage der Bundesregierung zum Waffenrecht erneut keine entschlossenen Lösungen an. Auch ist es noch immer viel zu einfach, an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Das muss sich ändern.

- **Hass und Hetze im Netz effektiv und rechtsstaatlich entgegentreten**

Dass Menschen, die andere beleidigen, verleumden und bedrohen, die gegen Minderheiten hetzen, den Holocaust leugnen und offen zu Gewalttaten aufrufen, hierfür sehr häufig nicht zur Rechenschaft gezogen werden, ist nicht hinnehmbar. Egal ob off- oder online: Geltendes Recht muss konsequent gegen strafbare Handlungen und Inhalte angewandt werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) muss schnellstmöglich evaluiert und weiterentwickelt werden. Soziale Netzwerke müssen konsequenter gegen Hass und Hetze vorgehen und die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden effektiv und aktiv unterstützt werden. Damit Polizei und Justiz effektiv ermitteln können, muss gewährleistet sein, dass die Behörden mit ausreichend Mitteln, Fachkompetenz und Personal ausgestattet sind und abgestimmt vorgehen. Bei allen diesen Punkten bleibt die Bundesregierung in der Pflicht, ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.

- **Hassgewalt konsequent erfassen und verfolgen**

Das Erkennen von Hassgewalt sowie der richtige Umgang mit Opfern muss ein Standard bei der Ausbildung von Polizei und Staatsanwaltschaft werden. Das Erkennen von Hasskriminalität ist Voraussetzung für angemessene Strafverfolgung. Für realistische Lagebilder und darauf aufbauende Prävention braucht es viel bessere und differenziertere Erfassung. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern soll ein Bund-Länder-Programm gegen Hassgewalt auf den Weg gebracht werden, das zielgenau Maßnahmen zur Forschung, Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz fördert und die Schaffung spezialisierter Staatsanwaltschaften vereinbart. Opfer von Hassgewalt sind oftmals allein gelassen mit dem massiven Hass, der ihnen und ihren Familien entgegenschlägt. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung von Opferberatungsstellen, damit in solchen Fällen qualifizierte Beratung und Hilfe zum Umgang mit dem Hass, zu Sicherheitsvorkehrungen und rechtlichen Schritten flächendeckend möglich wird. Auch die Schaffung der Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten kann ein Beitrag für eine zielgruppensensible Opferhilfe sein.

- **Vollstreckungsdefizit bei Haftbefehlen endlich angehen**

Es kann nicht hingenommen werden, dass nach aktuellen Zahlen weiterhin fast 500 Rechtsextreme, gegen die in Deutschland Haftbefehle vorliegen, auf freiem Fuß sind, obwohl die Behörden nach ihnen suchen. Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden, Haftbefehle konsequent vollstrecken zu können. Es braucht eine Bund-Länder-Strategie, um diesen Berg abzubauen – mit klarer Priorität auf die besonders gefährlichen und gewalttätigen Personen.

4. Zivilgesellschaft und Prävention gegen Rechts nachhaltig stärken und fördern

- **Zivilgesellschaftliche Arbeit verlässlich fördern**

Die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Stärkung von Migrantenorganisationen und des Minderheitenschutzes muss als Daueraufgabe nachhaltig gestaltet und strukturell finanziell abgesichert werden, wobei die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements nicht ausgehöhlt werden darf. Die überregionalen Strukturen der Opferberatung und mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus müssen erhalten bleiben. Staatliche Stellen müssen ihre Aufgabe zum Schutz des zivilgesellschaftlichen Engagements ernst nehmen, anstatt sich zurückzuziehen oder dieses sogar zu behindern. Die Bundesregierung muss dafür endlich einen Entwurf für eine bundesgesetzliche Grundlage zur Demokratieförderung vorlegen, wie insbesondere von der SPD seit Jahren versprochen.

- **Zivilgesellschaft an der Programmentwicklung beteiligen**

Erfahrene zivilgesellschaftliche Akteure können die lokalen und regionalen Problemsituationen und Bedarfe am besten einschätzen. Sie müssen an der Entwicklung der Bundesförderung stärker beteiligt und die Förderung muss entbürokratisiert werden. So gibt es beispielsweise in einer strukturschwachen ländlichen Region anders gearteten Beratungs- und Aktionsbedarf als in einer wirtschaftsstarke Metropole. Deshalb müssen auch kleine alternative Projekte, die mit neuen Ideen und schlanken Strukturen spontan reagieren können, unbürokratisch gefördert werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Rassismus darf nicht durch

fragwürdige und intransparente Verfassungsschutzaktivitäten gegen Projekte unterminiert werden.

- **Rassismus proaktiv bekämpfen**

Der Diskurs über das Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft verroht; Leidtragende sind dabei vor allem Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete und Minderheiten. Staat und Gesellschaft müssen daher proaktiv Rassismus und Diskriminierung im Alltag und in den Institutionen entgegenwirken - gerade auch in Zeiten, in denen sich das gesellschaftliche Klima aufheizt. Rassismus ist grundlegendes Bindemittel aller rechtsextremen, völkischen und nationalistischen Bewegungen; zugleich findet er Anschluss auch in die Mitte der Gesellschaft. Er ist eng mit anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verwoben, insbesondere mit Sexismus. Struktureller Rassismus markiert Menschen als "andere", versteht sie damit eben nicht als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft. Dem müssen wir gesamtgesellschaftlich und entschlossen entgegenwirken. Ebenso gilt es, institutionell verdeckten Rassismus zu benennen sowie systematisch und koordiniert dagegen vorzugehen. Dies zeigte nicht zuletzt das Versagen im Umgang mit dem NSU. Darum wollen wir die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses dringend und konsequent umsetzen, insbesondere auch zur interkulturellen Kompetenz bei Sicherheitsbehörden sowie beim Opfer- und Zeugenschutz. Interkulturelle und Diversity-Kompetenz muss auch über die Sicherheitsbehörden hinaus in Institutionen und Bildungseinrichtungen strukturell und personell gestärkt werden.

- **Präventionsarbeit massiv ausbauen**

Rechtsextreme wenden sich häufig gezielt an junge Menschen, die sich in Umbruchs- und Orientierungsphasen befinden. Deshalb sind vorsorgende und zielgerichtete Angebote in Schulen und Jugendarbeit besonders wichtig. Demokratiebildung fängt früh an. Es muss alles unternommen werden, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und gewaltlegitimierende völkische Ideologien der Ungleichwertigkeit abgleiten. Aber auch für ältere Menschen braucht es passende präventive und demokratiefördernde Angebote. Auch qualifizierte Angebote zur Deradikalisierung und Ausstiegshilfen, die Menschen in die demokratische Gesellschaft zurückholen, müssen gestärkt werden. Die Werte und Chancen, die eine offene, vielfältige Gesellschaft für alle bietet, müssen breiter vermittelt werden. Im Sinne einer Stärkung der Erinnerungskultur und für die Demokratiebildung gilt es in Zusammenarbeit mit den durch den Bund geförderten Gedenkstätten die politisch-historische Bildungsarbeit auszubauen und deren Reichweite zu erhöhen.